



Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und  
Verbraucherschutz | Fleethörn 29-31 | 24103 Kiel

**Ministerin und Minister**

An den Fraktionsvorsitzenden der SPD  
Herrn Dr. Rolf Mützenich, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

An die Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/ Die Grünen  
Frau Katharina Dröge, MdB  
Frau Britta Haßelmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

An den Fraktionsvorsitzenden der FDP  
Herrn Christian Dürr, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/2563

nachrichtlich:

An den Bundesminister  
Herrn Cem Özdemir, MdB  
Bundesministerium für Ernährung  
und Landwirtschaft  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin

An den Bundesminister  
Herrn Christian Lindner, MdB  
Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Kiel, Schwerin, Hannover 17. Januar 2024

## Vorgesehene Kürzung der Mittel der Fischereikomponente

Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,  
sehr geehrte Frau Dröge,  
sehr geehrte Frau Haßelmann,  
sehr geehrter Herr Dürr,

mit Sorge betrachten wir die vorgeschlagene Kürzung bei der Fischereikomponente der WindSeeG-Mittel. Bei uns als zuständige Fischereiministerin und -minister der Küstenländer stößt die vorgesehene massive Kürzung dieser dringend benötigten Mittel auf Unverständnis. Wir weisen entschieden daraufhin, dass wir es ablehnen, dass die verschiedenen Bereiche der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei gegeneinander ausgespielt werden.

Der Erhalt der Küstenfischerei ist eine Herzensangelegenheit für uns als für Fischerei zuständige Ministerin und Minister im Norden! Die immensen Herausforderungen, denen unsere Fischerei gegenübersteht und der Anpassungsdruck auf die verbliebenen Betriebe steigen stetig, wohingegen die Zukunftsperspektiven immer unsicherer werden.

Mit den im Windenergie-auf-See-Gesetz für die Fischerei vorgesehenen Mittel ergibt sich die einmalige Gelegenheit, dass sowohl für die notwendigen strukturellen Anpassungen als auch für die nachhaltige energetische Transformation der Seefischerei in Deutschland ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen.

Mit diesen Mitteln und einem klugen Gesamtkonzept für die Transformation der Seefischerei an Nord- und Ostsee kann es uns in gemeinsamer Anstrengung von Bund und Ländern gelingen, die Fischereibetriebe zielgerichtet in eine nachhaltige Zukunft zu begleiten. Ohne derartige Instrumente steht zu befürchten, dass die schon jetzt existenziell bedrohte Küstenfischerei vielleicht schon in kurzer Zeit auf der Strecke bleibt.

Den Ländern ist dabei bewusst, dass es keine leichte Aufgabe sein wird, die zur Anpassung an Klima- und Umweltziele erforderliche Transformation und die notwendigen strukturellen Maßnahmen zur Zukunftssicherung der deutschen Fischereiflotte mit dem Europäischen Fischerei- und Subventionsrecht zu vereinbaren. Umso mehr muss sich Deutschland in Brüssel dafür stark machen, dass der energetische Umbau der Fischereiflotten im europäischen Maßstab – sowohl rechtlich als auch finanziell – ermöglicht wird!

Als zuständige Fischereiministerin und Fischereiminister der Küstenländer lehnen wir die nun vorgesehene massive Kürzung dieser dringend benötigten Mittel daher entschieden ab. Die nach der von der Regierung vorgeschlagenen Kürzung der Fischereikomponente noch zur Verfügung stehenden 109 Millionen Euro werden nicht ausreichen, um die notwendigen Maßnahmen und hochgesteckten Ziele an Nord- und Ostsee zu erreichen. Unverständlich ist für uns, dass die Mittel der Fischereikomponente in deutlich stärkerem Maße zur Deckung von Finanzierungslücken im Bundeshaushalt herangezogen werden sollen als die Mittel der Meeresnaturschutzkomponente.

Wir weisen darauf hin, dass die Verabschiedung des Windenergie-auf-See-Gesetzes auch und gerade von dem Gedanken getragen wurde, dass Flächenverluste in den Meeren starken Einfluss auf Meeresnaturschutz und fischereiliche Nutzung gleichermaßen haben. Eine deutlich stärkere Kürzung der Fischereikomponente führt hier nun zu einer unverhältnismäßigen Schieflage, die den tatsächlichen Flächenverlusten der Fischerei nicht gerecht wird. Darüber hinaus fördert die Ungleichbehandlung von Fischerei- und Naturschutzkomponente die Polarisierung zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen. Diesen Nebeneffekt bedauern wir sehr. Bieten die Mittel beider Komponenten doch die einmalige Chance, beide Interessen ein großes Stück weit miteinander zu versöhnen.

Wir sind in unseren Bundesländern neben der Fischerei auch für die Landwirtschaft verantwortlich. Vorgesehene Kürzungen bei der Landwirtschaft zulasten der Fischerei zurückzunehmen, halten wir jedoch bei allem Verständnis für die

Notwendigkeit einer Konsolidierung des Bundeshaushaltes in diesem Ausmaß für unangemessen. Wie bereits oben erwähnt, dürfen Fischerei, Land- und Forstwirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir bitten Sie daher eindringlich, sich dafür stark zu machen, die Kürzung bei der Fischereikomponente der WindSeeG-Mittel zu überdenken und ein wichtiges Zeichen zum Erhalt unserer Seefischerei zu setzen!

Mit freundlichen Grüßen



Werner Schwarz



Miriam Staudte



Dr. Till Backhaus